

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur

Band: 91 (2011)

Heft: 987

Artikel: Im Namen der Nachhaltigkeit

Autor: Weizsäcker, Carl Christian von

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-735232>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

4 Im Namen der Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit steht in der Wissenschaft hoch im Kurs. Also will die Politik die Welt auf Nachhaltigkeit trimmen. Damit hindert sie den Nachhaltigkeits-Mainstream, sich selbst zu revidieren. Und schadet nicht nur der Wissenschaft, sondern auch der Umwelt.

Carl Christian von Weizsäcker

«Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Grosse Transformation.» Ein mit diesem Titel geschmücktes Gutachten flatterte vor kurzem den deutschsprachigen Entscheidungsträgern dieser Welt auf den Schreibtisch. Absender ist der «Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen» (WBGU), bestehend aus neun Personen, alle Professoren oder Professorinnen, die an renommierten deutschsprachigen wissenschaftlichen Einrichtungen tätig sind. Die Forschungskapazitäten des mit 17 wissenschaftlichen Mitarbeitern unterstützten Teams sind enorm. Und nicht minder gewichtig ist der Anspruch des Manifests.

Plädiert wird für einen Weltgesellschaftsvertrag, der dazu führen soll, dass die Völker dieser Erde eine «Grosse Transformation» der Verhältnisse zustande bringen. Diese soll nach Aussage des Gutachtens der «neolithischen Revolution» (des Jahrtausende währenden Übergangs zur Sesshaftigkeit mit Ackerbau und Viehzucht) und der «industriellen Revolution» des 19. und 20. Jahrhunderts an Tiefe und Umfang nicht nachstehen. Sie soll darüber hinaus und im Gegensatz zu den beiden genannten Vorläufern binnen weniger Jahrzehnte und planmäßig zustande kommen.

Bewerkstelligt werden soll diese Transformation durch einen «gestaltenden Staat»; denn der «weiss» kraft der Beratung durch die Wissenschaft, was zu tun ist, um die Welt auf den Weg der Nachhaltigkeit zu führen. Das Prinzip, dass nicht mehr regenerierbare Ressourcen verbraucht werden sollen, als Bestände natürlich nachwach-

sen, ist heute breit akzeptiert. Aber bei der Frage, wie das Ziel der Nachhaltigkeit erreicht werden soll, droht die Instrumentalisierung im Namen historischer Prozesse.

Gesellschaftsvertrag und Transformation

Bewusst und zitierend greift der Beirat auf zwei Schlüsselbegriffe des sozialphilosophischen Diskurses der vergangenen Jahrhunderte zurück: auf den «Gesellschaftsvertrag» und auf die «Grosse Transformation». Letzterer Begriff wurde geprägt vom ungarisch-österreichischen Ökonomen Karl Polanyi, der damit den Übergang von der alteuropäischen («feudalen») in die moderne bürgerlich-kapitalistische Welt beschrieb. Er schloss seinerseits bewusst an die Marx-Engelssche Analyse des Kommunistischen Manifests an. Dieses hatte in unübertroffener deutscher Prosa das Loblied der bürgerlichen Geschichtsepoke gesungen: «Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren. Unveränderte Beibehaltung der alten Produktionsweise war dagegen die erste Existenzbedingung aller früheren industriellen Klassen. Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisieepoche vor allen anderen aus.»

Aber auch der «Gesellschaftsvertrag» wird in bewusstem Anschluss an Rousseau in Anspruch genommen. Dieser hatte mit seinem darauf aufbauenden Gedanken der

Carl Christian von Weizsäcker

Carl Christian von Weizsäcker ist ehemaliger Direktor des Energiewirtschaftlichen Instituts und emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität zu Köln. Seit 2004 ist er Senior Research Fellow am Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern.

Volkssouveränität einen wichtigen Einfluss auf die Gestaltung der schweizerischen Verfassungen des 19. Jahrhunderts und die darin verankerte Komponente direkter Demokratie, die, so zeigt die historische Erfahrung, der Schweiz ohne Zweifel nicht geschadet hat.

Indessen ist die Anknüpfung an die geistige Tradition Europas mit diesen beiden Schlüsselbegriffen nicht gedacht als Bestätigung der vorherrschenden Zustände, sondern als Überzeugungsmittel für ein Konzept, das diesen vorherrschenden Zuständen geradezu diametral entgegensteht. Denn, so wird sehr explizit gesagt, es gehe nicht um eine im Geschichtsverlauf evolutionsmäßig fortschreitende «Grosse Transformation» wie die «industrielle Revolution», sondern um das planmässige und sehr rasche Revolutionieren der Zustände im Interesse der Nachhaltigkeit. Da die «Bourgeoisieepoche» die fortduernde Revolutionierung der Zustände in Richtung immer weiteren wirtschaftlichen Wachstums entwickelt, muss nun der «gestaltende Staat» die Dinge und Entscheidungskompetenzen zentralisieren, um die Welt auf einen Weg der Nachhaltigkeit zu führen. Die planmässige, staatsgeleitete Grosse Transformation ist insofern gerade das Gegenteil des histo-

rischen Prozesses, den Marx und Engels und später Karl Polanyi beschrieben haben. Denn dieser schöpfte – und tut es heute immer noch – seine Wucht gerade aus dieser dezentralen Entscheidungsstruktur.

Auch der Begriff des Gesellschaftsvertrags findet sich in einer instrumentalisierten Deutung wieder. Der Gesellschaftsvertrag wird nicht wie in der frühneuzeitlichen Philosophie als eine Ex-Post-Rekonstruktion des Staates und des Naturrechts verstanden, sondern als bewusste, in der Zukunft liegende «Aktion» der Menschheit unter der Führung der aufgeklärten wissenschaftlichen Eliten. Ganz entscheidend ist, dass dieser «Vertrag» – der Dringlichkeit der Sache wegen – gerade auch gegen den Widerstand einer Noch-Mehrheit von stumpfsinnigen, egoistischen, mit falschem «Lebensstil» dahinlebenden Menschen durchgesetzt werden muss. Um dies zu erreichen, muss man eben die Kompetenzen nach oben verlagern, sprich – exemplarisch für die Welt wird das an Europa vorgeführt

– durch weitgehende Beschränkung nationaler oder gar subnationaler Kompetenzen zugunsten einer auf Nachhaltigkeit orientierten europäischen Struktur.

Die vorgeschlagene Struktur muss sich aber ebenso wenig wie heute auch schon die Europäische Kommission und der Europäische Rat auf die Legitimität durch direkte Wahlen berufen. Denn sie dient kraft der Beratung und Mitentscheidung seitens der Wissenschaft und der per Losverfahren ausgesuchten Repräsentanten künftiger Generationen dem Weltgemeinwohl in Gestalt der Nachhaltigkeit weitaus besser, als dies aus freien und gleichen und geheimen Wahlen hervorgehende Repräsentanten der real existierenden Bürger der Mitgliedstaaten je tun könnten.

Kaschierter Zentralismus

Der Zentralismus wird eingekleidet in ein Plädoyer für eine zusätzliche bürgerliche Partizipation; denn letztlich muss der Bürger auf dieser Fahrt in die

schöne neue nachhaltige Welt auch mitgenommen werden. Die Bürger sollen sich also stark engagieren, um so die Aktionen des «gestaltenden Staates» zu befördern, zu beschleunigen und zu legitimieren. Indessen ist da weniger an Bürgerinitiativen gedacht, die sich formieren, um sich gegen die Lärmbelästigung neu zu erstellender benachbarter Windkraftanlagen zu wehren oder um die lokalen Widerstände gegen den Bau von Stromtransport-Trassen zu bündeln oder um den landschaftsstörenden Bau von Schluchsee-Pumpspeicher-Kraftwerken zu verhindern. Im Grunde, so muss man das Gutachten letztlich lesen, soll es zwar starke Bürgerbeteiligung geben, aber dies bitte ohne jede Vetomacht gegen die weisen Transformationsentscheidungen der Wissenden dieser «Wissensgesellschaft».

Die knappe Beiratsmehrheit an Naturwissenschaftern mag durch ihr Fachwissen und ihre Fachbeiträge davon entbunden sein, eine frappierende historische Parallel-

«Bei der Frage, wie das Ziel der Nachhaltigkeit erreicht werden soll, droht die Instrumentalisierung im Namen historischer Prozesse.»

Carl Christian von Weizsäcker

le zu sehen, die sie hätte erschrecken lassen. Dass die vier Sozialwissenschaftler diese offenkundig nicht gesehen haben, mag doch Zweifel aufkommen lassen, ob es sich hier um eine geeignete Auswahl von Fachvertretern handelt.

Die Parallele beginnt mit dem zweiten Teil des Kommunistischen Manifests, der Aufforderung an die Arbeiterklasse, im Sinne des historischen Materialismus die Geschicke der Weltgesellschaft selbst in die Hand zu nehmen. Der «naturwüchsige» Prozess der Vergesellschaftung menschlicher Arbeit im Kapitalismus führt hiernach in die immer weitere Verelendung der Arbeiterklasse. Es geht somit darum, den historischen Prozess durch Zentralisierung der Entscheidungsgewalt in der Hand einer einheitlich handelnden Arbeiterklasse rational zum Wohle aller zu gestalten. Diesem Aufruf ist, wie wir wissen, ein grosser Teil der Menschheit gefolgt. Lenins «demokrati-

scher Zentralismus» überwand die Veto-macht des bürgerlichen Eigentums in der Hand einer Klasse mit rückständigem, «falschem» Bewusstsein. Eine Vorhut des Proletariats, die «Wissenden» der Partei, regierte das sozialistische Imperium mit

macht des Privateigentums hat sich für jedermann klar erwiesen.

Nun kommt dieser Kreis der neun «wissenden» Auserwählten im Regierungsdistrikt Berlin-Mitte und formuliert Thesen, die an den Grundlagen des demokratischen Systems rütteln, weil dieses von unaufgeklärten, an egoistischen Interessen orientierten Mehrheiten an der Rettung der Welt gehindert wird. Natürlich nur vorübergehend, denn die Dynamik der erneuerbaren Energien wird rasch zu dem «Kippunkt» führen, von dem an auch die Eigendynamik dieser «dekarbonisierten» Welt die Wählermehrheiten überzeugen wird. Die älteren Semester werden sich noch an die Grossprojekte der Sowjetunion zu Chruschtschows Zeiten erinnern, die ihn zur Prognose eines entsprechenden «Kippunkts» veranlassten: «In zwanzig Jahren werden wir die USA wirtschaftlich überholt haben.» Dann – so der Plan – ist auch bei den Mehr-

Es soll laut Gutachten zwar starke Bürgerbeteiligung geben, aber dies bitte ohne jede Vetomacht.

harter Hand und duldet keine Widerstand gegen den Fortschritt, der dem «wissenschaftlichen Sozialismus» zu verdanken ist. Wir wissen, wie dieses historische Experiment ausgegangen ist. Die Sackgasse des zentralistischen Sozialismus ohne Veto-

Anzeige

Vertrauen, Kompetenz & Vermögensvermehrung

Wir sind seit 1979 als unabhängiger Vermögensverwalter für Privatpersonen tätig und Ihr Spezialist für Wandelobligationen, Small & Mid Caps sowie Goldminen- und Rohstoffaktien. Unsere Value-Style-Anlagestrategie ist auf unterbewertete Aktien und Wandelanleihen ausgerichtet.



Anlagentipp für 2011

«Nutzen Sie jetzt die marktbedingte einmalige Gelegenheit und schichten Sie, mit Blick auf den erwarteten Zinsanstieg über die nächsten Jahre, Ihre renditeschwachen festverzinslichen Unternehmens-Obligationen in defensive Wandelobligationenfonds um. Sie erhalten aktuell kostenlos eine Call-Option und einen partiellen Inflations-schutz für Ihre Obligationenanlagen.»

Benno Bründler, geschäftsführender Partner

Überzeugende Netto-Performance	2009	2010	06.04.2011
MRB Wandelobligationen	+ 19,44 %	+ 13,89 %	+ 3,18 %
MRB Global Value Pearls	+ 1,27 %	+ 16,13 %	+ 5,49 %
MRB Goldminen- und Rohstoffaktien	+ 78,25 %	+ 43,21 %	+ 0,07 %

Alle Details unter: www.mrbpartner.ch / www.pmg-fonds.ch

Disclaimer: Die historische Wertentwicklung ist keine Garantie für die zukünftige Performance. Der Wert eines Anlagefondsanteils kann jederzeit sowohl steigen als auch fallen.

MRB

MRB Vermögensverwaltungs AG

Sihlstrasse 95 / 8021 Zürich / Tel. +41 44 210 42 77 / www.mrbpartner.ch

heiten in der westlichen Welt kein Halten mehr – und sie werden sich freiwillig der sowjetischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung anschliessen.

Führen wir den Vergleich einen Schritt weiter: Wen frappiert nicht die Parallele zwischen der vetofreien Bürgerbeteiligung im WBGU-Manifest und dem System der Arbeiter- und Soldatenräte, die auch der Führungsfunktion der Partei der Wissenden zu dienen hatten, ohne je eine Veto-macht aufbauen zu können?

Wen frappiert nicht die Parallele zwischen der Führungsfunktion der Wissenschaft – gegen die die traditionellen demokratischen Instanzen zurückzutreten haben – im WBGU-Manifest und der Führungsfunktion der Vertreter des dialektischen Materialismus, gegen die die noch weniger fortgeschrittene Mehrheit der Bevölkerung zurückzutreten hat?

Wen frappiert nicht die Parallele zwischen dem WBGU-Vorschlag, ein Haus der Repräsentanten zukünftiger Generationen zu bilden, und der Führungsrolle der Klasse des Proletariats, dem natürlich die Zukunft gehört?

Wen frappiert nicht die beiden Programme gemeinsame totale Politisierung des Wirtschaftslebens, das dort allein dem Aufbau des Sozialismus und hier ausschliesslich dem Ziel einer «Grossen Transformation» zu dienen hat?

Und wen frappiert nicht die Parallele zwischen der Formel vom «falschen Bewusstsein», die im demokratischen Zentralismus zur Ausschaltung von Mehrheitsentscheidungen diente, und der «gesellschaftlichen Problematisierung» (zu Deutsch: Ächtung) eines falschen, weil «nicht nachhaltigen Lebensstils» im WBGU-Manifest?

Folgt man den Gedankengängen des WBGU-Manifests, so denkt man unweigerlich an die Formel Friedrich August von Hayeks von der «Anmassung von Wissen». Die neun Autoren stellen es so dar, als wüssten sie, was nachhaltig ist und was nicht. Sie beanspruchen daher für sich die Kompetenz, eine neue Weltordnung zu ersinnen, zu der es im Interesse der Nachhaltigkeit keine Alternative gibt und die deshalb durchgesetzt werden muss – und sei es

gegen demokratische Mehrheiten. Hayek hat in seinem populären Buch «Der Weg in die Knechtschaft» gezeigt, wie der konstruktivistische Geist zur Abschaffung der Freiheit geführt hat. Die unter den Intellektuellen der damaligen Zeit verbreitete Fas-

schwäche in der Politik können nur koexistieren, wenn die Wirtschaft entpolitisirt ist. Eine politisierte Wirtschaft bedeutet Armut oder Diktatur.

Die Formen von Ökodiktatur, die vom WBGU propagiert werden, sind abzulehnen. Dennoch kann man für die entpolitiserte Wirtschaft Steuerungsinstrumente entwickeln, die der Klimapolitik dienen. Diese sind in dem WBGU-Manifest auch angesprochen: ein adäquater Preis für Treibhausgas-Emissionen. Allerdings gibt es hier bessere Formen als die, die vom WBGU vorgeschlagen werden. Dieser orientiert sich an Mengenvorgaben betreffend die Einsparung von Treibhausgas-Emissionen. Das führt zu einer grossen Unsicherheit über die künftigen CO₂-Preise. Somit sind die Investoren nur zögerlich bereit, in Anlagen zur CO₂-Reduktion zu investieren. Wenn man stattdessen über eine Fondslösung voraussagbare Preise schafft, die dem Mengenbedarf an Emissionsreduktionen jeweils allmählich angepasst werden, so erreicht man die gleichen klimapolitischen Ziele zu den halben Kosten. Dies ist vom Stab der Internationalen Energie-Agentur errechnet worden.

Ehe man sich auf ein solches dem Nachhaltigkeits-Mainstream entsprungenes Abenteuer einer gesteuerten «Grossen Transformation» einlässt, sollte man Skepsis und Nüchternheit walten lassen. Die ökonomischen Instrumente einer Beherrschung des Klimaproblems sind im Rahmen der historisch gewachsenen demokratischen und marktwirtschaftlichen Ordnung vorhanden. Es geht darum, die Mehrheiten für eine solche nüchterne Klimapolitik zu gewinnen. Dies geht nur nach dem vom Philosophen Karl Popper verfochtenen Prinzip von Trial and Error, von ständigen Fehlerkorrekturen, von inkrementellen Lösungsansätzen, die aber von den neun Weisen explizit abgelehnt werden. Der wissenschaftliche Fortschritt selbst wird jeweils erweisen, wo frühere Konzepte und Erkenntnisse revisionsbedürftig sind. Noch hat die Muse der Nachhaltigkeit keinen Wissenschaftler, keine Wissenschaftlerin geküsst und ihm oder ihr das endgültige Geheimnis des Pfades der Tugend verraten. □

Die Wissenschaft soll Einfluss haben. Sie wird aber in dem Moment korrumptiert, in dem sie Macht erhält.

zination für die Produkte von Stalins Konstruktivismus veranlasste ihn, dieses Buch zu schreiben.

Wer zu wissen meint, was Nachhaltigkeit ist, verfällt der gleichen Anmassung von Wissen, der die zahlreichen idealistischen Anhänger des Sowjetsystems oder anderer Varianten des «wissenschaftlichen» Sozialismus zum Opfer gefallen sind.

Die Wissenschaft und die Macht

Das Klima der Welt ist ein ernsthaftes Problem. Aber es ist absurd, zu meinen, es liesse sich am besten durch ein Abgehen von der herkömmlichen parlamentarischen Demokratie oder der direkten Demokratie lösen. Die Wissenschaft kann einen Anspruch erheben, gehört zu werden; aber es ist kontraproduktiv, wenn man ausgewählten Vertretern von ihr eine Art Gegenmacht gegen Mehrheitsentscheidungen einräumen möchte. Wissenschaft soll Einfluss haben. Sie wird in dem Moment korrumptiert, in dem sie Macht erhält. Die Unterordnung der Wirtschaft unter das Diktat der Politik führt in die Katastrophe. Denn die Wirtschaft ist ein System, das auf starken Sanktionen beruht: wer seine Kunden zufriedenstellt, macht Gewinn; wer sie mit schlechter Ware beliefert, muss im Wettbewerb ausscheiden.

Die freie, sprich sanktionsfreie oder doch sanktionsarme öffentliche Diskussion ist für eine funktionierende Demokratie so wichtig wie die Luft zum Atmen. Sanktionsstärke in der Wirtschaft und Sanktions-